

54. Bezirkskonferenz der IG Metall in Baden-Württemberg mit Klaus Zwickel

Veränderung gestalten, nicht ignorieren

Zwei zentrale Botschaften prägten die 54. Bezirkskonferenz der IG Metall Baden-Württemberg: Die erste: "Der ERA-Tarifvertrag ist geschafft." Die zweite: "Die IG Metall kann sich keine Politik mehr leisten, die auf der Angst vor Veränderungen beruht." Die Bezirkskonferenz Ende Juni war ein wichtiger Markstein für die baden-württembergische IG Metall.

Mit dem kurz vorher unterzeichneten ERA-Tarifvertrag beginnt ein neues Kapitel der Tarifgeschichte, die Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten und die Umsetzung des Grundsatzes vom gleichen Entgelt für gleichwertige Arbeit. So sagte es Bezirksleiter Berthold Huber, der – schwer erkrankt – seinen Geschäftsbericht von Bezirkssekretär Frank Stroh vortragen ließ. Jetzt müsse der ERA in den Betrieben umgesetzt werden, eine Aufgabe, die die Kräfte in den nächsten Jahren in Anspruch nehmen werde.

Für Klaus Zwickel, der wenige Wochen nach der Bezirkskonferenz zurücktrat, war es die letzte große Rede als IG Metall-Vorsitzender in seinem Heimatbezirk. Er nutzte sie zur Mahnung, Veränderungen nicht zu ignorieren, sondern sie zu gestalten. "Wissen als Kapital und Dienstleistung als Arbeit führen zu anderen Produktionsverhältnissen, zu anderen Interessen und Verhaltensweisen der Beschäftigten", sagte Zwickel. Diese neue Welt lasse sich nicht in bestehende Beschlusslagen pressen. Zwickel weiter: "Wir müssen Vorstellungen entwickeln, wie die Menschen in der Arbeitsgesellschaft des 21. Jahrhunderts leben und arbeiten können." Die IG Metall müsse Motor und Kern eines solchen



Foto: Graffiti/PTB/agers

Prozesses sein: "Wer die Gewerkschaften stärken will, muss dafür sorgen, dass sie anders werden." Auch Berthold Huber wies auf den drastischen Strukturwandel bei den Beschäftigten hin. Die gewerbliche Arbeit, traditioneller Bereich der IG Metall, verliert, besser- und hochqualifizierte Angestelltentätigkeiten nehmen

zu. Sollte die IG Metall diese Entwicklung nicht mitgehen können, dann, so Huber, "werden wir nicht mehr die Mehrheit der Beschäftigten vertreten". Auch für den designierten Zweiten IG Metall-Vorsitzenden Berthold Huber war es (vorbehaltlich seiner Wahl Ende August – nach Redaktionsschluss dieser

54. Bezirkskonferenz der IG Metall Baden-Württemberg: Für Beschäftigung und soziale Gerechtigkeit

Ausgabe) eine Abschiedsrede. "Ich habe versucht, unseren Bezirk nach vorne zu bringen", sagte Huber – und: "Wir werden auch die hier angesprochenen Probleme meistern. Wir müssen das und wir werden das." ◀

Döring will Warnstreiks verbieten lassen

► **Baden-Württembergs Wirtschaftsminister Walter Döring (FDP) will Warnstreiks verbieten lassen.** Döring kündigte in einem Interview in der Süddeutschen Zeitung vom 12. Juli an, das Land wolle bis Ende 2003 eine Gesetzesinitiative über den Bundesrat starten. Der DGB Baden-Württemberg hat diese Absicht des Landes-Wirtschaftsministers als „Ausdruck eines gestörten Demokratieverständnisses“ bezeichnet. Der Landesvorsitzende Rainer Bliesener: „Aus dieser fixen Idee spricht statt 'Liberalität' bloßer 'Marktradikalismus'.“ Warnstreiks, so der DGB, seien durch die Rechtsprechung von Bundesarbeitsgericht und Bundesverfassungsgericht als Ausdruck der in

Artikel 9 Abs. 3 Grundgesetz geschützten Vereinigungsfreiheit ausdrücklich als rechtmäßig anerkannt worden. Durch diese Rechtsprechung sind gleichzeitig bestimmte Voraussetzungen festgelegt worden, wie der Streik-Aufruf durch eine Gewerkschaft oder der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit. Weitergehende Einschränkungen würden das Streikrecht als Ausdruck der grundgesetzlich geschützten Vereinigungsfreiheit unzumutbar einschränken. Im Übrigen sind die Gewerkschaften mit dem Mittel des Streiks stets verantwortungsvoll umgegangen, wie ein Vergleich der Streiktage über die Landesgrenzen hinweg schnell erkennen lässt. ◀

Protest bei Benninger in Zell im Wiesental:

Jetzt werden weniger Stellen abgebaut

60 Tage lang täglich Protest – bei Benninger im südbadischen Zell im Wiesental begann so im Juli eine Aktion gegen den geplanten Abbau von 60 Stellen. Inzwischen hat die Aktion Wirkung gezeigt: Es gibt einen Interessensausgleich mit Sozialplan; die Zahl des Stellenabbaus konnte deutlich reduziert werden.

Statt des Abbaus von 60 Arbeitsplätzen (ein Viertel der Belegschaft) soll es jetzt noch 19 Kündigungen geben. Für die Gekündigten wird für ein halbes Jahr eine Beschäftigungsgesellschaft eingerichtet. Weitere Stellen werden dennoch in die schweizerische Zentrale des Textilmaschinenherstellers nach Uzwil verlagert werden.

In der regionalen Öffentlichkeit hat der Kampf um die Stellen eine große Resonanz gefunden. Denn für das strukturschwache südbadische Wiesental ist der Verlust jedes Arbeitsplatzes ein schwerer Schlag. Deshalb hatte sich auch Landes-Wirtschaftsminister Walter Döring (FPD) in einem Brief an die Geschäftsleitung gewandt und das "allergrößte Interesse an der dauerhaften Substanzerhaltung" bei Benninger bekundet.

Der Betriebsrat hatte sich mit eigenen Vorschlägen an die



Foto: FM

Geschäftsführung gewandt, sagte dessen Vorsitzender Uwe Röschke. Denn es geht den Betriebsräten um den Erhalt des Standorts insgesamt und darum, weiteren Substanzverlust zu verhindern.

Dabei verzichtet die Belegschaft schon längere Zeit auf tarifliche Einkommenserhöhungen in der Annahme, ihre Arbeitsplätze damit sichern zu können. Dazu

kommt, dass die Beschäftigten 40 statt 35 Wochenstunden arbeiten – ein Lohnverzicht von insgesamt rund 25 Prozent zum Tarifniveau der Metallindustrie. Jetzt lindert der Kompromiss ein wenig das Schicksal derer, die gekündigt werden sollen. Uwe Röschke: "Im Rahmen unserer Möglichkeiten haben wir das Beste aus der Situation machen können." ◀

Protestaktion bei Benninger im südbadischen Zell im Wiesental

Termin

Stuttgarter Friedenspreis: Am 19. September wird erstmals der mit 5000 Euro dotierte Stuttgarter Friedenspreis verliehen. Verleiher sind die „AnStifter“ mit dem Stuttgarter Kabarettisten Peter Grohmann. Der Preis wird an Gruppen oder Menschen verliehen, die sich in besonderer Weise für Frieden, Gerechtigkeit und Solidarität einsetzen. Zur Preisverleihung im Stuttgarter Theaterhaus mit einem hochkarätigen Musikprogramm laden außerdem rund 60 Partnerinitiativen ein, darunter die Bezirksleitung der IG Metall Baden-Württemberg. Beginn ist um 19.30 Uhr, der Eintritt kostet 25 Euro. Reservierung wird unter Telefon 0711/402070 empfohlen. Weitere Infos unter E-Mail anstiftung@t-online.de. ◀

Haldex in Heidelberg: Arbeitgeber zeigt keinerlei Kompromissbereitschaft

Protest gegen 80 Kündigungen

Seit Monaten kämpfen die Beschäftigten von Haldex in Heidelberg-Wieblingen gegen die geplante Verlagerung der mechanischen Fertigung nach Ungarn und damit 80 Kündigungen. Die Geschäftsleitung lehnt alle Kompromissvorschläge ab

Auch ein Vermittlungstermin vor dem Landesarbeitsamt Stuttgart blieb ohne Ergebnis, wie der Betriebsratsvorsitzende Martin

Hornung mitteilte. Über die Einigungsstelle will die Geschäftsleitung ihren Standpunkt durchsetzen – obwohl der Betriebsrat Kompromisslösungen angeboten hatte.

In Ungarn werden rumänische Arbeitskräfte geschult, damit dort mit den noch niedrigeren rumänischen Löhnen gearbeitet werden kann. Ende Juni hatten die 270 Beschäftig-

ten eine Betriebsversammlung unterbrochen und waren zu einer Kundgebung vor das Heidelberger Rathaus gefahren. Die Geschäftsleitung verschickte nun Abmahnungen. Dem Betriebsrat werden nach Angaben seines Vorsitzenden Martin Hornung „illegale Kampfmaßnahmen“ vorgeworfen. Aber es gab bisher kein Wort zu einvernehmlichen Lösungen. ◀



Foto: FM

Ausbildungssituation Diskussionsthema im Jugendcamp:

„Es muss jetzt gehandelt werden“

Das Problem der fehlenden Ausbildungsplätze wird in diesem Tagen heiß diskutiert – auch beim Jugendcamp der baden-württembergischen IG Metall-Bezirksjugendausschusses am Bodensee. Laut Landesarbeitsamt sind derzeit mehr als 22 000 auf Lehrstellensuche – 14 Prozent mehr als 2002. Das Angebot lag im August bei gut 10 000 – 30 Prozent weniger als 2002.

Der renommierte Berufsbildungswissenschaftler Professor Felix Rauner von der Universität Bremen lieferte mit seiner Expertise zur „Schaffung von neuen Ausbildungsplätzen“ die Diskus-

sionsgrundlage für die Expertenrunde in Markelfingen. Es müsse gehandelt werden – so der breite Konsens der Diskussionsteilnehmer. Konzepte wie die von Rauner seien dabei weit innovativer zu bewerten als die plumpen Forderungen von Arbeitgeberseite nach der Kürzung von Ausbildungsvergütungen.

Zum Podium gehörte Wilfried Hüntelmann vom Landesarbeitsamt, zuständig für die berufliche Bildung. Das Rauner-Papier biete Chancen, die Ausbildungssituation zu verbessern, weil es für die Betriebe Kosten senke und den Übergang zwischen Schule und

Beruf verbessere. Das seien genau die Punkte, die nicht ausbildende Betriebe häufig kritisierten. Thiemo Fojkar von Südwestmetall verwies auf das Problem, dass der Arbeitgeberverband lediglich Appelle an seine Mitglieder richten könne. Andreas Flach, Betriebsrat bei Alcatel SEL in Stuttgart, sprach sich dafür aus, Initiativen bei der Ausbildung auch betriebspolitisch etwa mit Aktionen zu unterstützen. Der DGB-Landesvorsitzende Rainer Bliesener machte sich dafür stark, Ansätze zur Verbesserung der Lehrstellensituation mit in die Diskussion um die Reform

Expertenrunde am Bodensee: v.l. Andreas Flach, Thiemo Fojkar, Wilfried Hüntelmann, Anke Kollmar, Rainer Bliesener und Felix Rauner

des Berufsbildungsgesetzes einzubringen.

Dringender Handlungsbedarf, so die Expertenrunde, bestehe jetzt darin, die noch benötigten Ausbildungsplätze bereitzustellen. Zwar wird im Ausbildungssystem Reformbedarf gesehen, an Erhalt und Stärkung des dualen Systems wurde aber kein Zweifel gelassen. Dazu biete gerade die Rauner-Expertise eine gute Basis: Eine höhere Ausbildungsqualität biete eine effektivere Nutzung und schaffe so neue Ausbildungsplätze. ◀

Anke Kollmar

Karosserie- und Fahrzeugbau: Arbeitgeber widerrufen den Tarifabschluss

Die Arbeitgeber im Karosserie- und Fahrzeugbauer-Handwerk Baden-Württemberg haben das Mitte Juli mit der IG Metall erzielte Tarifergebnis widerrufen. Damit können die erreichten Einkommenserhöhungen nicht in Kraft treten. Der Tarifabschluss sah Einkommenserhöhung von 1,9 Prozent rückwirkend ab Juli 2003 vor; weitere Erhöhungen ab Juli 2004 um 2,25 Prozent. Der Arbeitgeber-

verband hat innerhalb der Erklärungsfrist nun den Tarifabschluss abgelehnt - in der baden-württembergischen Tarifgeschichte ein ziemlich einmaliger Vorgang. Die Mitglieder der Tarifkommission haben das scharf kritisiert. Es wurde die Frage nach der Zuverlässigkeit des Arbeitgeberverbandes gestellt. Denn der Tarifabschluss wurde nach langer Verhandlungsrunde erreicht und beruht in weiten Teilen auf Kompromissvorschlägen der Arbeitgeber. Die IG Metall fordert die Arbeitgeber

auf, ihre Entscheidung zu überdenken und dem Kompromiss doch noch zuzustimmen. Andernfalls wird die IG Metall die Aufnahme von Haustarifverhandlungen für die einzelnen Betriebe prüfen.

Die Beschäftigten allerdings, die schon seit dem Auslaufen des alten Tarifvertrags im April auf Einkommenserhöhungen warten, werden von

den Arbeitgebern weiter um verdienten Lohn gebracht. ◀

Karosseriebau: Warnstreik bei Auwärter Steinenbronn



Foto: Graffiti/Redesign